

FREIE SICHT

Revolution in der Bildung

REINER EICHENBERGER

Diese Woche begann vielleicht eine grossartige Revolution im Bildungswesen. Sie würde unsere Bildung und damit unseren Wohlstand enorm erhöhen – falls sie denn nicht niedergeschlagen wird.



Was geschah? Swiss Olympic und Swissuniversities, quasi die Spitzenverbände von Spitzensport und Universitäten, unterzeichneten eine Erklärung zur besseren Vereinbarkeit von Spitzensport und Studium. Das klingt unverdächtig. Entscheidend ist aber: Studiengänge, die vereinbar sind mit Spitzensport, sind Teilzeitstudiengänge, und diese sind auch vereinbar mit gehobener Arbeit. Universitäre Teilzeitstudien sind der Königsweg zu besserer und billigerer tertiärer Bildung. Das gilt nicht nur für Spitzensportler, sondern auch für viele Normalstudenten. Aus folgenden Gründen:

1. Immer mehr Menschen haben und wollen eine akademische Bildung. Für viele ist es aber aus finanziellen Gründen schwierig, fünf Jahre zu studieren, ohne dabei ein Einkommen zu haben. Deshalb braucht es Bildungswege, die akademische Bildung und gehobene berufliche Arbeit vereinen.

«Teilzeitstudien sind der Königsweg zu besserer tertiärer Bildung.»

2. In vielen Bereichen wird die Vermittlung und das Erlernen von akademischem Wissen erleichtert, wenn die Studierenden Berufserfahrungen haben. Oft ist die Verknüpfung von Theorie und Praxis auch für den akademischen Erfolg entscheidend. Erfahrene Berufslöcher können aber aus zeitlichen und finanziellen Gründen zumeist nicht an längeren Vollzeitausbildungen teilnehmen.

3. Infolge Globalisierung und neuer IT wird der Arbeitsmarkt internationalisiert und kompetitiver sowie die Wirtschaft und die Bildungsbedürfnisse dynamischer. Immer mehr Personen brauchen und wollen ein Zweitstudium, sei es, um in verschiedenen Feldern kompetent zu sein oder um sich neuen, erfolgversprechenderen Berufsfeldern zuzuwenden. Länger dauernde Zweitausbildungen, die mit weniger oder ohne Unterstützung der Eltern stattfinden, sind aber meist nur berufsbegleitend möglich.

4. Tertiäre Teilzeitausbildungen wurden bisher vor allem von den Fachhochschulen angeboten. Darauf beruht ein grosser Teil ihres Erfolgs. Fachhochschulen sind aber nicht per se fähiger im Angebot von Teilzeitbildung als Universitäten. Hingegen sind die Kosten pro Student dort für den Staat zumeist deutlich höher als an Universitäten.

Insgesamt würde deshalb der umfassende Eintritt der Universitäten in den Teilzeitbildungsmarkt die Bildung massiv fördern und die Kosten pro Student senken. Und weil die Studierenden schon neben dem Studium einer anspruchsvollen Arbeit nachgehen können, würde auch das Wirtschaftswachstum gefördert und der Fachkräftemangel gelindert. Höchste Zeit also für einen Vertrag zwischen Swissuniversities und Economiesuisse zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

► **FREIE SICHT**
Alle Kolumnenbeiträge im Internet:
handelszeitung.ch/freiesicht

Paradeplatz in Zürich: Die Matter-Initiative will das Bankgeheimnis in der Verfassung festschreiben.

Unheilige Kuh

Bankgeheimnis Die Matter-Initiative spaltet die Banken. Es droht der Schulterschluss mit der Linken.

SVEN MILLISCHER UND MICHAEL HEIM

Letzte Woche im Nationalrat, diese Woche im Ständerat. Das Bankgeheimnis ist das grosse Thema unter der Bundeshauskuppel. Die Finanzbranche steht vor der Schicksalsfrage: Wird das Bankgeheimnis als Bollwerk verankert? Oder kommt die heilige Kuh vielleicht bald auf die Schlachtbank? Es geht um die Initiative von Thomas Matter. Der SVP-Nationalrat will das Bankgeheimnis in die Verfassung schreiben.

Die Volksabstimmung wird zum Richtungsentscheid, der Status quo hat ausgedient: Mit einem Ja zu «Matter» wird das Bankgeheimnis zementiert, Gesetzesreformen werden erschwert bis verunmöglich. Bei einem Nein wird der Ruf nach mehr Steuertransparenz laut. Es gehe um alles oder nichts, sagt Matter. «Wir haben die Initiative damals ja nur lanciert, weil wir sahen, dass der Bundesrat den Status quo abschaffen wollte.»

Was für rote Köpfe in den Räten sorgt, lässt die Bankoberen offenbar kalt. Am Bankiertag vor einer Woche, dem traditionellen Jahrestreffen, war die Initiative gar kein Thema. Die Top-

banker scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser. Denn hinter der Mauer des Schweigens tut sich ein tiefer Graben auf. Er spaltet die Bankenlandschaft, geht mitten durchs Parlament und führt zu unheiligen Allianzen.

Die Privatbanken, allen voran die Genfer Banquiers, sind für die Bankgeheimnis-Initiative, wollen aber nicht offen Stellung beziehen. Der Burgfrieden soll gewahrt bleiben. «Wir verhalten uns aktiv neutral», sagt ein Vertreter. Was das heisst, machte Privatbanken-Präsident Yves Mirabaud in der NZZ klar, als er Matters Initiative zum Plebiszit «für oder gegen den automatischen Informationsaustausch in der Schweiz» ausserkor. Ein solcher Inland-AIA ist das Schreckensszenario all jener, die am alten Geschäftsmodell hängen, das unversteuerte Gelder – auch von Schweizern – in Kauf nimmt.

Über Kreuz mit Economiesuisse

Sukkurs erhält die Initiative auch vom Gewerbeverband, dessen Präsident Hans-Ulrich Bigler im Initiativkomitee sitzt. Traditionsreiche Deutschschweizer Bankiers wie Rahn+Bodmer Co. oder Reichmuth & Co. sind Verbandsmitglieder. Die kampagnen-

Brüder im Geiste: Bankier-Präsident Scheidt (links), SVP-Nationalrat Matter.

erprobte Organisation wird sich in einem Abstimmungskampf denn auch für das Bankgeheimnis ins Zeug legen. Damit lägen Gewerbe wie Privatbankiers über Kreuz mit dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und der Bankiervereinigung (SBVg), welche die Initiative offen ablehnen.

Auch im Nein zur Initiative finden sich Nuancen. Die Inlandsbanken, allen voran die Kantonalbanken, pochen auf Steuerehrlichkeit. Kein Wunder, denn die Kantone haben Blut geleckt. Die kleine Steueramnestie seit 2010 brachte ihnen 36 Milliarden Franken an Fiskalsubstrat ein. Entsprechend hat der von Kantonsvertretern geprägte Ständerat Initiative und Gegenvorschlag bereits abgeschmettert (siehe Box).

Auch die Grossbanken lehnen die Bankgeheimnis-Initiative ab. Doch sie haben andere Gründe. «Die wollen ihren operativen Aufwand gering halten und keine Rechtsrisiken mehr tragen», sagt ein banknaher Vertreter im Parlament. Das Bankgeheimnis stört dabei nur.

AIA statt Verrechnungssteuer

Besonderes Augenmerk der Grossbanken gilt der Verrechnungssteuer. Das bisherige Modell des Steuerabzugs auf Dividenden und Zinsen ist nicht mehr «state of the art» und führt dazu, dass Anleihen von Schweizer Unternehmen fast immer im Ausland aufgelegt werden. Will man die Verrechnungssteuer abschaffen und keine neuen Steuerschlupflöcher schaffen, braucht es eine inländische Zahlstellensteuer. Oder einen Informationsaustausch mit den Behörden.

Der Bundesrat schlug vor, dass Bankkunden zwischen Steuer und Offenlegung wählen können. Doch ein solches Wahlrecht war den Banken zu aufwendig. Die Bankiervereinigung schlug 2015 deshalb vor, die Verrechnungssteuer ganz durch eine

automatische Meldung an die Steuerbehörden zu ersetzen. Der Branchenverband forderte nichts weniger als den AIA im Inland.

Matters Initiative soll solche automatischen Meldungen verhindern. Bis über die Initiative entschieden ist, liegt die Verrechnungssteuerreform deshalb auf Eis. Der Nationalrat selbst will sich aber nicht als Verhinderer einer Steuerreform sehen. Er kündigt einen Reformvorschlag an, der die Verrechnungssteuer durch eine neue Zahlstellensteuer ersetzt.

Anders als heute wurde noch vor wenigen Jahren offen das Bankgeheimnis debattiert. 2012 plädierte UBS-Chef Sergio Ermotti für dessen Aufweichung: «Wir können nicht sagen: Der Standard, den wir für die ganze Welt anwenden, gilt für Schweizer nicht. Ein Doppelstandard in der Bankgeheimnisfrage? Das wäre ein Witz.» Auch der damalige Raiff-eisen-Chef Pierin Vincenz sprach Klartext: Das «Bankgeheimnis zum Schutz der Steuerhinterziehung» sei in der Schweiz nicht zu halten.

Keine fünf Jahre später sind die Finanzmanager verstummt. Die Banken wollen sich nicht mehr exponieren, denn sie haben gemerkt, mit wem sie sich ins Bett legen. «Die Banker fürchten sich vor der Vorstellung, sie müssten in einer Arena-Sendung neben SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer gegen bürgerliche Parteien und das Bankgeheimnis antreten», sagt ein Branchenberater. Umso mehr, als dass die Parteipräsidenten Petra Gössi (FDP) und Gerhard Pfister (CVP) im Initiativkomitee sitzen.

Exemplarisch für diesen Spagat steht eine Person: SBVg- und Vontobel-Präsident Herbert Scheidt. Seit einem Jahr führt er den Verband an, der sich klar gegen Initiative und Gegenvorschlag geäussert hat. Doch von Scheidt selbst hört man kein klares Wort mehr. «Mit ihm hat sich die Bankiervereinigung von ihrer deutlichen Ablehnung distanziert», sagt ein Insider. Und das hat einen einfachen Grund: Scheidt liebäugelt selber mit der Initiative, wie drei unabhängige Quellen bestätigen. Die Bank Vontobel gehöre zur Gruppe der Privatbanken, die sich innerhalb der SBVg für eine «positiv neutrale Haltung» gegenüber der Initiative ausgesprochen hätten. Und diese praktiziert Scheidt nun, auch wenn er sich eigentlich gegen die Initiative einsetzen müsste.

MARK HEINVISUM

MATTER-INITIATIVE In der Verfassung verankert

Bankgeheimnis Die 2014 vom Ex-Swissfirst-Banker Thomas Matter eingereichte Initiative verlangt, dass das steuerliche Bankgeheimnis in der Verfassung festgeschrieben wird. Banken «oder Dritte» sollen nur bei Straftaten oder grober Steuerhinterziehung Auskunft geben dürfen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab.

Der Nationalrat sprach sich für die Initiative und einen von ihm initiierten Gegenvorschlag aus, der Ständerat lehnte beides ab – zuletzt diesen Mittwoch. Bleibt es dabei, kommt die Initiative alleine vors Volk. Ringt sich der Ständerat doch noch zu einem Ja zum Gegenvorschlag durch, dürfte Matter die Initiative zurückziehen.

ANZEIGE

«BusPro würde ich nie mehr hergeben!»

Judith Freudiger, Emmentaler Backwaren Freudiger AG

Adress- & Kontaktverwaltung • Dokumentenablage
Fibu • Lohn • Einkauf / Lager • Auftrag / Rechnung
Debitoren • Kreditoren

Gratis Fibu & Infos: www.buspro.ch



Das Business-Programm